

Missbrauch/Kinder/Kirchen**Missbrauch: Klasnic für Einrichtung einer staatlichen Anlaufstelle**

Utl.: Kommission will Ende 2012 Endbericht vorlegen =

Wien (APA) - Waltraud Klasnic, Vorsitzende der Opferschutzanwaltschaft, tritt für die Einrichtung einer staatlichen Anlaufstelle für Missbrauchsoffer ein. "Es braucht eine personifizierte Anlaufstelle im Bund", erklärte sie gegenüber der APA. Die von Kardinal Christoph Schönborn eingesetzte Kommission will bis Ende 2012 einen Endbericht über ihre Tätigkeit vorlegen. Man werde aber auch über diesen Zeitpunkt hinaus - vielleicht in verkleinerter Form - zur Verfügung stehen, betonte Klasnic.

Angesichts der in den vergangenen Tagen und Wochen bekanntgewordenen Missbrauchsfälle tritt die Kommission für die Einrichtung einer unabhängigen Kommission auf Bundesebene ein. Diese Anlaufstelle könnte administrativ bei der Volksanwaltschaft, dem Familienministerium oder dem Bundeskanzleramt angesiedelt sein. "Das müssen die Verantwortlichen entscheiden. Man braucht jedenfalls eine Person", meinte die frühere steirische Landeshauptfrau. Die von ihr zusammengestellte Kommission würde mit der bereits gewonnenen Erfahrung für eine Zusammenarbeit - wie bereits mit den einzelnen Landeskommissionen - zur Verfügung stehen.

Für den kommenden Frühling kündigte Klasnic einen Zwischenbericht mit Empfehlungen der Kommission an. Empfohlen wird etwa die Bewusstseinsbildung und eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung. Die Kommissionsvorsitzende schlug etwa Selbsthilfegruppen für Opfer bzw. auch für Pädophile vor. Ende 2012 soll dann ein Endbericht vorgelegt werden. Sie betonte allerdings, auch darüber hinaus zur Verfügung zu stehen, schließlich sei sie bereits eine "persönliche Vertraute" für viele Opfer.

Die nach dem Bekanntwerden von Missbrauchsfällen im früheren städtischen Kinderheim am Wilhelminenberg in Wien angekündigte Kommission begrüßt Klasnic. Dieser Weg zur Aufarbeitung sei "selbstverständlich sinnvoll". Mit anderen Länderkommissionen gebe es auch bereits eine intensive Zusammenarbeit.

Angesichts der in Kärnten aufgetauchten Missbrauchsfälle in einer evangelischen Einrichtung wies Klasnic darauf hin, dass die von ihr geleitete Kommission auch evangelische Betroffene betreut: "Jeder kann sich melden." Die Kommissionsvorsitzende geht davon aus, dass nachdem die Opferschutzanwaltschaft für Missbrauchsoffer in kirchlichen Einrichtungen installiert wurde, auch Betroffene in staatlichen Institutionen oder im privaten Umfeld "mutiger" wurden und um Hilfe ansuchten: "Es ist heute die Zeit so, dass man die Kraft hat, sich nun zu melden. Vor 40 Jahren hätte man sich das nicht getraut."

Mit 21. Oktober 2011 haben sich bei Klasnics Kommission 1.058 Betroffene von Gewalt und Missbrauch in der katholischen Kirche gemeldet. Es konnten bisher 435 Entscheidungen getroffen werden, davon 375 Kommissionsbeschlüsse mit 20 Ablehnungen. Seit 31. Mai dieses Jahres gab es 42 neue Meldungen und 120 Entscheidungen. Zum Jahresende 2010 wurden 709 Meldungen und 97 Entscheidungen verzeichnet. Insgesamt absolvierte die Kommission 21 Sitzungen.

(Schluss) jul/cts

APA0060 2011-10-27/07:00

270700 Okt 11